

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3.- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
 Nr. 46 + 33. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Bin., 12. November 1932

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1931

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist längst über den Rahmen einer engen Interessenbewegung hinausgewachsen, sie ist Volksbewegung. Das hat, mechanisch gesehen, zunächst seine Ursache darin, daß Bewegungen, die ihre Antriebe aus Kreisen schöpfen, die mehr als 60 Prozent des gesamten deutschen Volkes darstellen, durch ihre Breite wirken. Die deutschen Gewerkschaften, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, wirken aber noch mehr durch die Tiefe ihrer sittlichen Bestrebungen. Trotz eines krassen Materialismus können Bewegungen, die neben der wirtschaftlichen auch die staats- und gesellschaftspolitische Hebung großer Volkskreise anstreben, nicht übersehen werden. Typischer Beweis für diese These waren die gewaltigen Wellen, die der Düsseldorf-Kongress der christlichen Gewerkschaften geschlagen hat. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist bei der Neugestaltung des deutschen Staats- und Gesellschaftslebens ein gewichtiger Faktor.

Die Leistungen einer Bewegung bestehen aber nicht nur in gelegentlichen Kundgebungen, in machtvollen Vorstößen zur Weckung des öffentlichen Gewissens, sie äußern sich noch viel mehr in der unermüdbaren Kleinarbeit des Alltages. Der Bericht der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1931 legt hierfür Zeugnis ab. Aus den umfangreichen Darlegungen ziehen wir sinngemäß folgendes heraus:

Die Bewegung mußte, wie in den Vorjahren, sich zunächst geistig mit den Gegnern des sozialen Aufstieges auseinandersetzen. Als solche sind aus natürlichen Gegenfaktoren die Arbeitgeberorganisationen und ähnliche Wirtschaftsverbände anzusprechen. Im besonderen aber muß auf eine Presse beobachtet und nötigenfalls zurechtgestellt werden, die zwar vorgibt, dem allgemeinen Volksinteresse zu dienen, die hierunter aber die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft nicht einbezieht. Die Welle der Verneinung der sozialen Pflichten ist wieder im Aufsteigen begriffen. Die klare Trennungslinie zu den mit anderen Voraussetzungen und anderen Endzielen arbeitenden freigewerkschaftlichen Organisationen mußte gleichfalls aufgezeigt werden. Als neue Bewegung, deren Radius und innere Kraft noch nicht feststeht, trat die Nationalsozialistische Partei auf. Viele Töne von ihr klingen sehr bekannt aus der Jugendzeit der freien Gewerkschaft und aus den gegenwärtigen Verlautbarungen der Kommunisten hervor. Die christliche Gewerkschaftsbewegung betont heute wie ehedem, daß ein wirklicher und dauerhafter Aufstieg der Arbeiterschaft nur in einer evolutionären, nicht revolutionären Entwicklung möglich ist, und daß auch alle anderen Fortbildungen des staatlichen Lebens nach gleichen Methoden betrieben werden müssen. So schwer es in einer Zeit der Wirtschaftsnot und des starken Anschlages politischer Gegensätzlichkeiten sein mag, so sehr ist es im Interesse des Arbeiterstandes gelegen, diese notwendigen Grundsätze immer wieder zu betonen.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1931 ist mit dem Wort Abwärtung und Erkenntnis einer nie dagewesenen Weltwirtschaftskrise gekennzeichnet. Die Krise hat naturgemäß auch ihre Auswirkungen auf den Mitgliederstand der Bewegung gezeitigt. Es kann aber mit Genugtuung festgestellt werden, daß, im Vergleich zu früheren Krisen auswirkungen, der Mitgliederstand diesmal wesentlich geringer betroffen ist. Das zeugt von einer stärkeren Verbundenheit der Gewerkschaftsmitglieder mit dem geistigen Gesamtstreben der Bewegung. Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, Notverordnungen mit sozialen Einbußen, Lohnsenkungen usw. waren harte Belastungsproben. Die christlichen Gewerkschaftler wissen, daß die Bewegung in der Abwehr des Schlimmeren verhütet hat. Mit Ausnahme des Gutenberg-Bundes und Nahrungsmittelarbeiterverbandes hatten 1931 alle Verbände einen Rückgang der Mitgliederzahlen zu verzeichnen, der am stärksten bei den Tabak- und Bauarbeitern war, die auch unter

der Krise am meisten zu leiden hatten. Ende 1931 zählten die 18 Verbände des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften 577 512 Mitglieder gegen 658 707 im Vorjahre, einschließlich der korporativ angeschlossenen Gruppe der Verkehrs- und Staatsbediensteten waren es 1930 778 863 und Ende 1931 698 472 Mitglieder. Der Rückgang beträgt mithin 80 391 Mitglieder oder 10,3 v. H. Die freien Gewerkschaften hatten 1931 einen Mitgliederabgang von 12,3 v. H. Selbsterständlich sind die Ereignisse des letzten Jahres nicht spurlos an den Verbänden vorübergegangen. Mit Ausnahme des Gutenberg-Bundes verzeichnen alle Verbände geringere Einnahmen als 1930, während die Ausgaben bei vielen noch weiter gestiegen sind. Einige Verbände mußten ihre Rücklagen in Anspruch nehmen, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Gesamteinnahmen der angeschlossenen Verbände beliefen sich 1931 auf 19 521 615 RM., dagegen die Gesamtausgaben auf 20 724 481 RM. Ueber die Zahl der Ortsgruppen, die Mitgliederzahl und die Einnahmen der Berufsverbände unterrichtet die nachstehende Tabelle:

Ortsgruppen, Mitglieder und Einnahmen der christlichen Gewerkschaften

Verbände	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl insgesamt		Einnahmen in Tausend	
		Ende 1930	Ende 1931	Ende 1930	Ende 1931
1. Bauarbeiter	305	49 113	41 382	1 974,5	1 133,9
2. Bekleidungsarb.	74	8 674	7 527	293,7	185,1
3. Bergarbeiter	1 148	100 128	86 890	3 286,1	2 771,6
4. Buchdrucker	132	4 189	4 463	432,7	436,3
5. Fabrikarbeiter	58	68 000	61 607	2 735,1	2 296,0
6. Gasthausangest.	163	21 452	20 001	1 688,4	1 516,1
7. Arbeitnehmer öfftl. Betriebe	358	40 006	36 201	1 589,4	1 516,1
8. Graphiker	136	5 133	4 876	263,2	245,3
9. Hausangestellte	20	3 384	3 296	18,7	17,9
10. Heim-arbeiterinnen	62	7 289	6 637	77,7	60,6
11. Holzarbeiter	475	30 050	25 468	1 170,7	711,9
12. Landarbeiter	1 686	72 749	62 080	936,7	791,4
13. Lederarbeiter	92	11 066	9 644	383,4	322,1
14. Maler	75	3 939	3 278	130,2	85,1
15. Metallarbeiter	156	126 619	112 893	5 985,6	4 574,1
16. Nahrungs-mittelarbeiter	103	10 512	11 296	341,1	339,2
17. Tabakarbeiter	309	21 702	15 611	424,8	348,5
18. Textilarbeiter	374	74 702	64 355	2 545,2	2 112,8
Gruppe der Verkehrs- u. Staatsbediensteten	5 723	658 707	577 512	24 278,0	19 521,6
Insgesamt	—	120 156	120 960	2 521,0	2 051,0
Insgesamt	—	778 863	698 472	26 799,0	21 572,6

Trotzdem einzelne Verbände, die schon seit langem eine hohe Arbeitslosigkeit verzeichnen, zu Unterstützungsstürzungen schreiten mußten, erreichen die ausgezahlten Unterstützungen gewaltige Beträge. An Arbeitslosenunterstützung wurden über 4 Mill. RM., an Krankenunterstützung über 1,5 Mill. RM. ausgezahlt. Die Invalidenunterstützung — obwohl erst bei wenig Verbänden voll in Kraft — erforderte schon 0,5 Mill. RM. Sterbegeld und sonstige Unterstützungen über 0,9 Mill. RM. Die Streik- und Gemäßregelungenunterstützung machte im Jahre 1931 über 0,7 Mill. RM. aus. Es sind so in Form von direkten Barunterstützungen rund 40 v. H. der Gesamteinnahmen den Mitgliedern wieder zugeflossen. Außer der Streik- und Gemäßregelungenunterstützung verursachten Lohnbewegungen und Arbeitseinstellungen Kosten von 1,2 und der Rechtschutz von fast 0,8 Mill. RM.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich von 113 090 auf 94 402, also um 18 688 verringert. Der Prozentsatz der weiblichen Mitglieder im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl beträgt 16,3 Proz. gegen 17,1 Prozent im Jahre 1930.

Träger der örtlichen Querverbindungen sind die Kartelle. Sie fördern sowohl die agitatorische und organisatorische Zusammenarbeit, wie sie insbesondere auch bei örtlichen und bezirklichen Gemeinschaftsfragen die notwendige Plattform bilden. In allgemeinen Fragen, insbesondere bei Forderungen gegenüber Behörden, sind sie das tragende Fundament. Ende des Jahres 1931 bestanden 368 Kartelle, von denen 331 berichteten, die 478 826 Mitglieder zählten (einschl. der Verkehrsbediensteten). Von den 577 512 Mitgliedern des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften waren 429 521 oder 74,3 v. H. in den 331 berichtenden Kartellen erfasst.

Die weitere Berichterstattung erstreckt sich auf die Jugendbewegung, Bildungsarbeit, Arbeiterinnenbewegung und die „christliche Arbeiterhilfe“. Die Einzelberichte der Berufsverbände und der Landessekretariate vervollständigen den Gesamteindruck von der Krisenarbeit, die im Interesse der deutschen Arbeiterschaft geleistet wurde. Der Bericht zeigt Krisennot. Er gibt unumwunden zu, daß die Krise auch uns Wunden geschlagen hat. In dieser Offenheit liegt aber auch die Stärke. Wir haben dahin zu wirken, daß eine hoffentlich bald kommende, bessere Zeit eine schlagkräftige christliche Gewerkschaftsbewegung vorfindet. Neben einer recht großen Mitgliederzahl und zeitbedingt gestalteten Verbänden wird es der Geist sein, der die Bewegung zur Offensive für eine bessere Mitarbeit der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben befähigt. Der unerschütterliche Glaube an das Endziel, den vierten Stand gleichberechtigt im Staats- und Gesellschaftsleben einzuführen, gibt uns die Kraft, die Schwierigkeiten der Jetztzeit zu meistern.

Staatspolitische und soziale Experimente erneut abgelehnt

Was mit dem aufgelösten Reichstag beleidigte Volk hat den für die Auflösung Verantwortlichen die Antwort gegeben. Mögen die Parteien der politischen und sozialen Reaktion einige Mandate mehr haben, mag sich auch aus der im ganzen etwas geringeren Wahlbeteiligung eine kleine Prozentverschiebung in den Stimmen wie den Mandaten ergeben, als Ganzes gesehen, bedeutet das Ergebnis eine Ablehnung staatspolitisch und sozialpolitisch reaktionärer Experimente mit einer qualifizierten Mehrheit, wie sie eindeutiger nicht gut sein kann. Staats- und wirtschaftspolitisch ist in den letzten zwei Monaten aber geradezu Ungeheures verripelt worden. Das zur Wirtschaftsbelebung notwendige Vertrauen konnte nicht aufkommen. Damit war den für das Volk außerordentlich teuren Regierungsmaßnahmen schon der Schwung genommen. Die Reparationen hieraus werden aus dem Volkvermögen in Form von Steuern und sonstigen Umlagen gezahlt. Staatspolitisch gesehen aber ist der bildliche Vergleich vom Elefanten im Gemüsedort noch sehr mild. Eine ungeheure Fülle von stillem Vertrauen, von

Staatsglauben, wie auch von aufsteigender Staatsgestimmung ist verwirrt oder mit Raufreiß überzogen. Die Partei des ausgesprochenen Umsturzes, der Vortrupp Rußlands, bekam die billige Gelegenheit, mit der Not und der damit nun leider einmal verbundenen Trübung der staatsbürgerlichen Erkenntnis, Gesetze zu erzielen. 50 Millionen RM. Rückgabe von 500 Millionen RM. vorenthaltener Notgelder konnten als Stimmgeld — gedacht und empfunden — der Regierung „aus dem Glauben“ nicht helfen. Wenn die Quittung auch in der Art falsch gestellt war, im Grundsatz ist sie begrifflich. Der geringe Zuwachs der Reaktionsparteien, der den Kurs der politischen und sozialen Reaktion trotzdem nicht genügend rücken kann, ist bezahlt worden mit rund 3 Milliarden Reichsmark Reptiliengelder. Das mag hart klingen, im Volk wird es nicht anders empfunden. Von den Parteien der Verneinung kommt der Erfolg der Vinken nicht über einen — allerdings beachtenswerten — Protest hinaus. Die Verneinungspartei der Rechten hat vom Volke eine gesunde Dämpfung bekommen.

wenigstens ein Positivum der Volksbefragung. Stellt man die Wahlmüdigkeit und die starke soziale Belastung entsprechend in Rechnung, dann haben diejenigen Parteien, in denen die christliche Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, sich gut gehalten. Der Christlich-Soziale Volksdienst hat beinahe allerwärts an Stimmen zugenommen, auch bucht er auf Grund einer besseren Stimmenausrüstung ein Mandat mehr.

* Es wäre zu begrüßen, wenn nun endlich der im Juli eingeschlagene Kurs der Staatsführung wieder zur gesunden Mitte gelenkt würde. Dem Herrn Reichspräsidenten wäre zu wünschen, daß er aus diesem Wahlergebnis gesündere Schlussfolgerungen zieht, wie aus dem letzten. Die christliche Arbeiterschaft verlangt den freiheitlichen und sozialen Staat. In diesem Sinne muß sie ihre gesamte weitere Arbeit einstellen, muß sie sich immer bewußt bleiben, daß die handlungsfähige Gewerkschaftsorganisation die Voraussetzung jeden Aufstiegs ist.

Die Verteilung der Mandate der Reichstage dieses Jahres:	Dezember-reichstag	Juli-reichstag	November-reichstag
Nationalsozialisten	107	230	195
Sozialdemokraten	143	133	121
Kommunisten	76	89	100
Zentrum	68	75	69
Bayerische Volkspartei	19	22	19
Christlich-Sozialer Volksdienst	14	4	5
Deutschnationale	41	37	52
Deutsche Volkspartei	30	7	11
Landvolk	18	2	3
Wirtschaftspartei	23	2	2
Bauernpartei, Landbund usw.	14	—	—
Staatspartei	20	4	2
Anderer Splittergruppen	4	3	3

vorstädtischen Randiedlung eingeseht wurde. Neuerdings aber sieht es so aus, als ob eine spezielle Anweisung bestünde, in stärkerem Maße Arbeitsdienstwillige und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zum Bau der vorstädtischen Randiedlung heranzuziehen. Die Tendenz geht offensichtlich dahin, durch dauernden Druck auf die Arbeiterschaft diese allmählich müde zu machen, denn sonst wären diese Maßnahmen überhaupt nicht zu verstehen. Aus Fachkreisen ist schon wiederholt nachgewiesen worden, daß die Ausführung der Facharbeiten durch tariflich entlohnte Kräfte durchaus nicht teurer wird als durch den freiwilligen Arbeitsdienst oder durch Fürsorgepflichtarbeiter. Vielfache Erfahrungen, die man in allen Teilen des Reiches, vor allem in Westdeutschland gemacht hat, beweisen, daß diese Berechnungen durchaus den Tatsachen entsprechen.

Wir haben angefaßt der Häufung der Fälle der Ausnutzung des freiwilligen Arbeitsdienstes versucht, eine gesetzliche Aenderung der Bestimmungen herbeizuführen, und zwar haben wir gemeinsam mit dem Baugewerksbund und den beiderseitigen Spitzenorganisationen, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und dem ADGB, in diesem Sinne eine Eingabe an die Reichsregierung gemacht. Wir haben auch bei dieser Gelegenheit speziell auf die unerträgliche Behandlung der Notstandsarbeiter hingewiesen, die sich nach den Notverordnungen vom 14. Juni und vom 16. Juni 1932 ergeben hat. Es ist in diesen Verordnungen bestimmt worden, daß der Präsident der Reichsanstalt wie auch die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter die Löhne für die Notstandsarbeiten, abweichend von den sonst für diese Arbeiten in Frage kommenden Tariffäden, festsetzen können. In den allermeisten Fällen ist das bis jetzt auch geschehen. Trotzdem der Tiefbauarbeiterlohn im Reichsdurchschnitt nur noch 55 Pf., in den meisten Gebieten aber noch erheblich weniger beträgt, glaubt man es verantworten zu können, die Notstandsarbeiter mit einem Hungerlohn von 30 Pf. abzufinden. So ergeben sich Tagesverdienste, die häufig nicht einmal an die Unterstützungsfäden heranreichen. Wenn schon, wie allgemein anerkannt wird, die Unterstützungsfäden in keiner Weise zur Fristung des Lebens ausreichen, so muß diese Entlohnung einfach zu einem langsamen Verhungern führen. Wir hoffen, daß die Regierung kein Interesse daran hat, das Odium der Reaktion, das ihr im ganzen Volk schon anhaftet, noch zu verstärken. Wir verlangen Gerechtigkeit für die Bauarbeiter.

Gerechtigkeit für die Bauarbeiter!

Solange der freiwillige Arbeitsdienst eingeführt ist, haben wir bei aller Anerkennung der guten Seiten immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die darin liegen, daß Arbeiten in Angriff genommen werden, die normalerweise vom Baugewerbe durchgeführt werden. Man hat uns zu beruhigen versucht, indem man von zünftiger Stelle darauf hinwies, daß Hochbauten, Straßenbauten sowie Kunstbauten sonstiger Art grundsätzlich dem freiwilligen Arbeitsdienst verschlossen sein sollten. Diese Versicherung der Spitzenbehörden kann durchaus ehrlich gemeint sein, trotzdem war vorauszu sehen, daß alle möglichen interessierten Stellen — wir erinnern nur an die noleidenden Kommunen, die ihren Etat entlasten möchten — versuchen würden, für sich aus dem freiwilligen Arbeitsdienst Kapital zu schlagen. Unsere Befürchtungen sind bereits in weitgehendem Maße zutreffen. Vor allem muß man die Feststellung machen, daß bei den vorstädtischen Randiedlungen nicht nur die Vorarbeiten, sondern auch der Bau der Siedlungshäuser selbst im freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt werden. Bereits vor einiger Zeit waren wir dieserhalb beim Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst vorstellig geworden. Wir wiesen darauf hin, daß in diesem Falle wider das Prinzip, keine Hochbauten im freiwilligen Arbeitsdienst durchzuführen, verstoßen werde. Es wurde uns erklärt, daß der Reichskommissar in diesem Falle an die Bestimmungen der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 gebunden sei, die die Arbeiten zur Aufschließung des Geländes und zur Errichtung der notwendigen Bauarbeiten bei der ländlichen Siedlung und der vorstädtischen Randiedlung als gemeinnützig und zusätzlich im Sinne des § 139 a ABAW bezeichnet hat, d. h. daß alle Arbeiten sowohl im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes als im Wege der Fürsorgepflichtarbeit durchgeführt werden können. Es wurde uns anheimgestellt, in dieser Angelegenheit mit dem Reichsarbeitsministerium zu verhandeln.

Eine Erhebung, die unsererseits angestellt wurde, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie weit schon der freiwillige Arbeitsdienst bzw. die Fürsorgepflichtarbeit auf engere baugewerbliche Arbeiten übergreifen hat. Wir greifen aus dem Material, das uns die Kollegen aus dem Lande zugestellt haben, nur einige Fälle heraus: In Hannover werden 202 Siedlungshäuser durchgeführt. Von 1016 Beschäftigten insgesamt sind 208 Bauarbeiter und 133 Bauhilfsarbeiter im freiwilligen Arbeitsdienst und 335 Bauarbeiter und 132 Bauhilfsarbeiter als Fürsorgepflichtarbeiter tätig. Eine Beschwerde unsererseits hatte keinen Erfolg. Man verwies auf die Notverordnung. In Münster werden von ungefähr 200 bei der vorstädtischen Randiedlung Beschäftigten insgesamt etwa 120 Bauarbeiter im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt, in Dülmen von 40 30. In Hagen werden bei 74 Siedlungshäusern von 162 Be-

schäftigten insgesamt 37 Bauarbeiter und 51 ungelernete Arbeiter im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt, in Essen sind es von 71 Beschäftigten 27 Bauarbeiter und 14 Bauhilfsarbeiter als Arbeitsdienstwillige. In manchen Fällen, vor allem bei größeren Projekten, ließ sich die Zahl der Arbeitsdienstwilligen nicht genau feststellen, so in Düsseldorf, wo 260 Siedlungshäuser und in Köln, wo 600 Siedlungshäuser gebaut werden. Doch scheint es sich dort bei der Mehrzahl der Beschäftigten um jugendliche Facharbeiter als Arbeitsdienstwillige zu handeln. Daß man verheirateten Bauarbeitern das Brot entzieht, wird bei solchen Maßnahmen nicht bedacht. In Ratingen sind von 20 Beschäftigten 5 Bauarbeiter im freiwilligen Arbeitsdienst tätig. In Aachen von 90 Beschäftigten 10 Bauarbeiter im freiwilligen Arbeitsdienst, 6 als Fürsorgepflichtarbeiter, dazu noch 30 Bauhilfsarbeiter im freiwilligen Arbeitsdienst. In besonders starkem Maße hat man in Frankfurt am Main den freiwilligen Arbeitsdienst eingeseht. Von 1371 bei der vorstädtischen Randiedlung Beschäftigten sind im ganzen 944 im freiwilligen Arbeitsdienst tätig, davon sind die Hälfte Bauarbeiter. Sehr weitgehend hat man sich auch in Süddeutschland den freiwilligen Arbeitsdienst zunutze gemacht. In Mannheim sind von 557 Beschäftigten 198 Bauarbeiter als Arbeitsdienstwillige, in Ludwigshafen von 84 27, in Heidelberg von 156 102, in Karlsruhe von 30 5. In München von 1400 Beschäftigten insgesamt 1000 Arbeitsdienstwillige, davon rund 400 Bauarbeiter. In Fürtth sind von 93 Beschäftigten 37 Facharbeiter Fürsorgepflichtarbeiter. Daß im Osten, als einem Gebiet, wo die Erinnerung an Leibeigenschaft und Frondienste noch immer lebendig ist, der Arbeitsdienst größeren Umfang angenommen hat, verwundert dann schon nicht mehr. In Gleiwitz sind von 375 Beschäftigten 122 Bauarbeiter durch den Arbeitsdienst eingeseht, in Langendorf von 480 210, in Stolarczowiz von 625 90, in Hindenburg von 235 70, in Groß-Strelitz von 126 33. Aus Oberschlesien wird auch berichtet, daß es Arbeitsämter gibt, die in gekehriger Weise die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger unter Androhung des Unterstützungszuges zwingen, sich als Arbeitsdienstwillige zu melden. — Zur Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst der vorstädtischen Randiedlung gesellen sich noch eine Anzahl von Fällen, in denen Bauarbeiter als Fürsorgepflichtarbeiter oder als Arbeitsdienstwillige bei Reparaturarbeiten an Gemeindegebäuden, Straßenbauten usw. eingeseht werden. So in Kaffedel und Kalsbad, Kalinowiz und anderen.

Gehehlich bestehen diese Möglichkeiten wohl schon seit 1931, aber diese Bestimmungen sind unter der alten Regierung meistens nur so gehandhabt worden, daß der freiwillige Arbeitsdienst lediglich bei Vorarbeiten zur

Für ein soziales Wohnrecht

Der Bund deutscher Mietervereine (Sitz Dresden), die neutrale Reichsorganisation der Mieter, unterbreitet jetzt in einer umfangreichen und bedeutamen Denkschrift, betitelt „Volkswohl geht vor Eigennutz“, eine Reihe eingehend begründeter Vorschläge, die sich besonders auf die Wohnungs- und Arbeitsbeschäftigungspolitik beziehen. Die Denkschrift weist auf die vorhandene Lücke des Arbeitsbeschäftigungsprogramms der Reichsregierung hin, indem sie eine stärkere Förderung des Wohnungsbau und der Siedlung verlangt. Sie weist ferner hin auf die große Bedeutung der Hauszinssteuer, ihre Berechtigung als Ausgleich für die geschädigten Hypothekengläubiger und Sparrer und fordert eine gerechtere und praktikablere Neuregelung. Im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftsnot und die immer größer werdenden Schwierigkeiten der Mieter und zunehmenden Räumungsklagen verlangt der Bund deutscher Mietervereine Zins- und Mietentlastung als ein Mittel zur Erhöhung der Kaufkraft der breiten Schichten und noch besondere Maßnahmen für notleidende Neubaumieter und Neubauwohnungen.

Die mit beweiskräftigem Zahlenmaterial belegte Denkschrift stellt ferner fest, daß der Miethausbesitzer jährlich in der Miete eine Milliarde Instandsetzungskosten erhält, und sie verlangt deshalb einen Verwendungszwang für denjenigen Teil der Miete, der wirtschaftlich für Instandsetzung bestimmt ist.

Wöchentliche Unterstützungsfäden in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ab 1. November 1932

Lohnklasse	Wochenverdienst	Sonderklasse und Ortsklasse A sowie alle Orte über 50000 Einwohner							Ortsklasse B und alle Orte mit 10000—50000 Einwohner						übrige Ortsklassen							
		Mit Zuschlag für							Mit Zuschlag für						Mit Zuschlag für							
		Ohne Zuschläge	1	2	3	4	5	6	Ohne Zuschläge	1	2	3	4	5	6	Ohne Zuschläge	1	2	3	4	5	6
I	0-10	5.10	5.60	5.60	9.60	9.60	10.60	10.60	5.10	8.60	8.60	9.60	9.60	10.60	10.60	4.50	7.70	7.70	8.70	8.70	9.70	9.70
II	10-14	6.—	9.50	11.—	13.50	13.50	14.50	14.50	6.—	9.50	11.—	13.50	13.50	14.50	14.50	5.10	8.60	10.10	12.60	12.60	13.60	13.60
III	14-18	7.20	11.—	12.80	15.60	15.60	16.60	16.60	7.20	11.—	12.80	15.60	15.60	16.60	16.60	6.—	9.50	11.—	13.50	15.—	16.—	16.—
IV	18-24	8.40	12.20	14.—	16.80	16.80	19.60	19.60	8.40	12.20	14.—	16.80	16.80	19.60	19.60	6.—	9.50	11.—	13.50	15.—	17.50	17.50
V	24-30	8.40	12.20	14.—	16.80	16.80	21.40	21.40	8.40	12.20	14.—	16.80	16.80	21.40	21.40	6.—	9.50	11.—	13.50	15.—	17.50	17.50
VI	30-36	8.40	12.20	14.—	16.80	16.80	21.40	23.20	8.40	12.20	14.—	16.80	16.80	21.40	23.20	6.—	9.50	11.—	13.50	15.—	17.50	19.—
VII	36-42	9.90	12.50	14.70	17.10	19.50	21.90	24.30	9.90	12.50	14.70	17.10	19.50	21.90	24.30	7.20	9.50	11.—	13.50	15.—	17.50	19.—
VIII	42-48	9.90	12.50	14.70	17.10	19.50	21.90	24.30	9.90	12.50	14.70	17.10	19.50	21.90	24.30	7.20	9.50	11.—	13.50	15.—	17.50	19.—
IX	48-54	11.70	14.40	17.10	19.80	22.50	25.20	27.90	11.70	14.40	17.10	19.80	22.50	25.20	27.90	8.40	10.20	12.—	13.80	15.60	17.50	19.20
X	54-60	11.70	14.40	17.10	19.80	22.50	25.20	27.90	11.70	14.40	17.10	19.80	22.50	25.20	27.90	8.40	10.20	12.—	13.80	15.60	17.50	19.20
XI	über 60	11.70	14.40	17.10	19.80	22.50	25.20	27.90	11.70	14.40	17.10	19.80	22.50	25.20	27.90	8.40	10.20	12.—	13.80	15.60	17.50	19.20

Weiterhin behandelt die Darstellung die Rentabilität des Althausbesitzes, die Bodenfrage und eine Belastungssperre für den bebauten Grundbesitz. Ferner fordert die Denkschrift ausreichenden Vollstreckungsschutz auch für die Mieter und schließlich die baldige Schaffung eines sozialen Mietrechts. Nach den Bestimmungen der Reichsnotverordnung vom 8. Dezember 1931 soll bekanntlich das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz am 1. April 1933 außer Kraft treten, falls bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz in Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden.

Der 1. April 1933 rückt immer näher heran. Der organisierte Hausbesitz hat wiederholt jeden Gedanken eines sozialen Mietrechts entschieden abgelehnt und erst auf seinem letzten Verbandstage erneut eine entsprechende Entschliebung gefaßt. Bei der einseitigen Einstellung der jetzigen Reichsregierung befürchtet der Bund deutscher Mietervereine, daß die Wünsche der Hausbesitzer restlos erfüllt würden. Ein amtlicher Entwurf geht an den beiden Hauptfragen eines sozialen Mietrechts, nämlich an der Frage der Beschränkung des Kündigungsrechts des Vermieters und der Frage der Mietzinsbelastung bewußt vorbei. Auch sonst entspricht dieser Entwurf in keiner Weise den Anforderungen an ein soziales Mietrecht.

Gegenwärtig fordert der Hausbesitz für sich einen Vollstreckungsschutz gegenüber seinen Hypothekengläubigern. Die Regierung hat diesen Schutz im Interesse des Hausbesitzes auch im weitgehenden Maße gewährt. Den notleidenden Mietern jedoch, die nicht minder unter der Wirtschaftskrise leiden, sind bis jetzt irgendwelche besonderen Schutzmaßnahmen nicht gewährt worden. Soweit ihr Mietvertrag unter das Mieterschutzgesetz fällt, haben sie zwar die Möglichkeit, sich gegenüber der Räumungsklage durch Zahlung des rückständigen Zinses innerhalb von 14 Tagen ab Klagezustellung zu schützen. Soweit ihr Mietverhältnis außerhalb des Mieterschutzgesetzes steht — was heute schon bei vielen Wohnungen der Fall ist — ist fast gar kein Schutz vorhanden. Gegenüber diesen ungenügenden Bestimmungen wird von Reichs wegen eine schleunige Maßnahme gefordert, daß die Kesselfrist für die Zahlung wesentlich verlängert und die Mieter im Falle nachträglicher Zahlung der Rückstände und im Falle von Teilzahlungen in Verbindung mit der Sicherstellung der Abtragung des Restes in angemessenen Fristen das Recht auf Verlängerung des Mietverhältnisses erlangen.

Die baldige Lösung dieser Wohnungsprobleme ist um so nötiger, je schwieriger eine Unterbringungsmöglichkeit der großen Schichten der Minderbemittelten in Räume, die noch Anspruch auf die Bezeichnung Wohnung haben, wird. Das Leerstehen einer Anzahl Alt- und Neubauwohnungen ist keineswegs ein Zeichen dafür, daß der Wohnungsbedarf etwa schon gedeckt wäre, sondern es ist der Ausdruck der gegenwärtigen großen Wirtschaftskrise breiter Kreise, die bei den gelassenen Einkommen nicht mehr in der Lage sind, die Miete für eine ausreichende Wohnung aufzubringen. Das Zusammenrücken von Familien in Wohnungen, die infolge ihrer Unbrauchbarkeit und Enge und der Zahl ihrer Bewohner das Wohnen zu einer Qual werden lassen, nimmt ständig so zu, daß von einem Wohnungseigentum mit seinen gesundheitlichen, sittlichen, kulturellen und staatspolitischen Gefahren gesprochen werden kann. Auch deshalb verdienen die Vorschläge des Bundes deutscher Mietervereine nach einer stärkeren Belebung des Kleinwohnungsbaus und insbesondere einer kräftigeren Förderung des begonnenen Siedlungswerkes weitgehendste Unterstützung der verantwortlichen Stellen. D. S.

Wie steht es um die Anfurbelegung?

In den Kreisen der einsichtigen Arbeiterschaft ist die Auffassung zu den Bestrebungen der Regierung von Papen, den Ablauf der Wirtschaftskrise zu beschleunigen, durchaus einheitlich: Dem Grundsatz ist zuzustimmen, die Mittel, insbesondere soweit sie den Arbeitgebern Lohnsenkung zugesprochen, sind ungeeignet. Objektiverweise muß zugegeben werden, daß eine sichtbare Wirkung solcher Maßnahmen nicht von einem auf den anderen Tag möglich ist. Erschwert wird diese Sicht durch unzulängliche Zahlungsmethoden bei den Arbeitsämtern, die den Teil der Arbeiter, dem jede Unterstützung abgesprochen ist, nicht restlos erfassen. Während die amtlichen Ziffern zwischen 5,1 und 5,2 Millionen Arbeitslose feststellen, beziffern Schätzungen, die gleichfalls amtlichen Hintergrund haben, die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 7 Millionen. Die letzten Feststellungen der Arbeitsämter melden ein Steigen der Arbeitslosenzahlen um 48 000. Zu gleicher Zeit stellen die Meldungen der Krankenkasse einen höheren Versichertenstand von rund 80 000 fest. Die regierungsseitige beliebte Methode, Einstellungszählungen der Schlichter durch den Rundfunk zu verbreiten, erinnert an berühmte amtliche Informationen aus der Kriegszeit, die Siege und gute Stimmung und Freude am Rohrüberverzeß meldeten, dem ein jähes Erwachen folgte. Die vorgenannten Zahlen der Krankenkassen als wahr angenommen und der von Herrn von Papen genannten Zahl von 1 1/2 Millionen erwarteten Neueinstellungen gegenüberge-

Am 12. Novbr. 1932 ist der sechsendvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

stellt, ergibt für die nunmehr sechs Wochen bestehenden Vorteile für die Arbeitgeber, daß diese doch sehr vorsichtig hiervon Gebrauch machen. Das bestätigt die Meinung der Gewerkschaften, die dahin ging, daß wir eine Konsumkrise haben, also einen Unterverbrauch, hervorgerufen durch Mangel an wirtschaftlichen Existenzmitteln. Solange aus Mangel an Mitteln kein stärkerer Verbrauch eintreten kann, ist — soweit die Inlandskaufkraft in Frage kommt — eine Wirtschaftsbelebung von längerer Dauer sehr problematischer Natur.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Außergewöhnliche Zeiten zeitigen auch außergewöhnliche Verhältnisse. Dieses Wort muß man vorausschicken, wenn man zur Frage der Schwarzarbeit objektiv Stellung nehmen will. Die solide Arbeitsausführung, die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften und die Einhaltung anderer Sozialgesetze stehen bei der Schwarzarbeit immer in einer gewissen Gefahr. Auch die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen wird nur zu leicht übersehen.

Die Arbeitgeber sind der Schwarzarbeit allerdings nicht aus sozialen Gründen, sondern aus solchen der Erwerbsminderung feind. Das ist begreiflich. Kleine Arbeiten bilden immer eine gewisse Nebeneinnahme, die in der Regel wenig Risiko erfordert. Soweit diese Aufträge in sogenannter Tagelohnarbeit ausgeführt werden und mit Materiallieferung verbunden sind, gelten sie stets als sehr einträglich und bilden für kleine Unternehmungen das Rückgrat des Betriebes. In Zeiten guter Beschäftigungslage wurden die wenigen Schwarzarbeiter in den Städten gar nicht beachtet und auch in Landgebieten nur schwach bekämpft. Die Wirtschaftskrise hat auch die kleinste Arbeitsgelegenheit begehrenswert gemacht, und so wenden sich die Unternehmer, bzw. ihre Verbände immer wieder gegen die Schwarzarbeit. Der

Reichsbund des Deutschen Baugewerbes hat mit Unterstützung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Eingabe an das Reichsjustizministerium gerichtet, die darauf abzielt, der Schwarzarbeit durch unterstützende Maßnahmen im arbeitsgerichtlichen Prozeß entgegenzuwirken. Auf diese Eingabe hat der Reichsjustizminister gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister einen ablehnenden Bescheid erteilt, der u. a. damit begründet wird, daß in einer Zeit wirtschaftlicher Krisen mehr denn je darauf Bedacht genommen werden muß, daß Maßnahmen unterlassen werden, die unter Umständen geeignet wären, bei den Prozeßbeteiligten Zweifel an der Uebereinstimmtheit des Richters hervorzuheben.

Auf Einwirkung des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Baugewerbe in der Rheinprovinz ist es gelungen, die Arbeitsgerichte Köln und Bonn zu veranlassen, die bei Arbeitsgerichtsprozessen bekanntwerdenden Fälle von Schwarzarbeit dem Arbeitsamt oder den sonst zuständigen Behörden mitzuteilen. Auf eine Eingabe der baugewerblichen Arbeitgeberverbände an den Regierungspräsidenten in Stettin, hat sich dieser für die amtliche Bekämpfung der Schwarzarbeit ausgesprochen. Die Ortspolizeibehörden sollen gegen nichtangemeldete Gewerbetreibende mit Polizeistrafen vorgehen. In schwerwiegenden Fällen soll die Staatsanwaltschaft interessiert werden. Das Gewerbeaufsichtsamt, das Landesarbeitsamt, das Wohlfahrtsamt, die Handwerkerkammer, die Krankenkasse, die Landesversicherungsanstalt, die Berufsgenossenschaft und die Baupolizei sollen auf den Schwarzarbeiter aufmerksam gemacht werden, um zu kontrollieren, ob er die im Einzelfall in Frage kommenden Sozialbestimmungen verletzt hat. Ernüchternd auf diejenigen Arbeitgeber, die alles von der Staatshilfe erwarten, haben die Ausführungen des Reichsfinanzlers von Papen gewirkt, die dieser auf einer Tagung der Obermeister des märkischen Handwerks zu diesem Kapitel gemacht hat. Er sagte, daß ein allgemeines Verbot der Schwarzarbeit an unüberwindlichen Hindernissen scheitern würde. Ein wirksamer Kontrollapparat würde an der Höhe der Kosten scheitern, die in keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Erfolg ständen. Wörtlich sagt er: „Die Schwarzarbeit kann durch staatliche Verbotsvorschriften an sich nicht zum Verschwinden gebracht werden. Sie ist wirksam nur durch eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu bekämpfen. Um jeden Arbeitnehmer, den Sie, meine Herren, in Auswirkung der

Für die Frauen

Was man nicht tun soll!

Jeder weiß aus eigener Erfahrung, daß das Leben sich nicht so glatt abrollt wie ein Knäuel Bindfaden! Da gibt es Verhedderungen und Knoten, und manchmal reißt der Faden mitten in der Arbeit! Auch in der Ehe, die schon einen Ausschnitt des Lebens widerspiegelt! Und wenn die Menschen einander noch so lieb haben und sich noch so gut verstehen — kommen überall einmal Mißstimmungen, Irrtümer oder Ueberreizungen vor. Und sei es nur durch Mißverständnisse, durch rein äußerliche Einwirkungen, durch Fremde, durch Sorgen — ah, das Leben ist widerstandsvoll genug, Konflikte zu schaffen. Und so kann es leicht geschehen, daß die Menschen, die einander am besten verstehen, am meisten ineinander aufgehen, von unfreundlicher Stimmung oder Verstimmung mitgerissen werden, sich kränken, ohne es zu wollen, oder nicht den richtigen Ton zueinander finden.

Sind Stunden darüber vergangen, dann leiden sie unter diesem Konflikt, suchen ihn zu verweihen oder haben ihn vielleicht auch gar schon wieder vergessen, oder begreifen und verzeihen einander wie immer.

Wie bedauerlich ist es dann aber, hat man sich unter dem Eindruck von Ärger und Mißlaunigkeit einem anderen gegenüber geäußert. Wenn man schon einmal schilt und ein hartes Wort findet, das man gern wieder zurücknehmen möchte und nicht böse meinte, so ist es doch belästigend und schmerzhaft, wenn wir selbst Anlaß waren, daß andere die laut gewordene Verstimmung aufgriffen. Wie Warnung, Schuld und Vorwurf trifft uns dies Bewußtsein, schlägt uns unsere eigene Anklage gerade dann, wenn wir deren Unnötigkeit am eindringlichsten erkannten. Möge man versuchen, Mißlaunigkeit und Unmut im stillen zu überwinden, und vermeide jeder, sich in solchen Stunden anderen anzuertrauen. Die eigene, innerliche Ruhe und das Vertrauen liebster Menschen entschädigen jederzeit dafür.

Greta Filling.

Die berufstätigen Frauen

Die amtliche Statistik erfährt mit dem Ausdruck „berufstätig“ nur die gegen Lohn oder sonstige Vergütung tätigen Personen. Sie wird somit dem notwendigen Beruf der Hausfrau nicht gerecht. Die nachstehenden Zahlen behalten trotzdem für die Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ihre entsprechende Bedeutung. In Deutschland ist gegenwärtig jede dritte Frau berufstätig, also fast 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Rund zwölf Millionen beträgt heute Deutschlands weib-

liche Arbeitsarmee! Also fast das Doppelte der Bevölkerung Oesterreichs. In Berlin sind rund 800 000 Frauen erwerbstätig. Während in den letzten zwei Jahrzehnten die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung um 20 Prozent gestiegen ist, hat sich die Zahl der berufstätigen Frauen um 40 Prozent gesteigert. 36 Prozent, mehr als ein Drittel der weiblichen Bevölkerung Deutschlands, stehen im Berufsleben. Der scharfe Konkurrenzkampf zwischen Mann und Frau macht sich in Deutschland mit seinem Frauenüberschuß von 2,1 Millionen besonders fühlbar. Von je hundert erwerbstätigen Frauen sind beschäftigt als: Mithelfende 36 Prozent, Arbeiterinnen 30,5, Angestellte 12,5, Hausangestellte 11,4 und Selbständige 9,6 Prozent.

Diese Ziffern haben seit dem vor einiger Zeit erfolgten Abschluß der Berufszählung vielfach noch Steigerungen erfahren. Verheiratet sind rund neun Millionen Frauen, viele hiervon sind auch nach erfolgter Eheschließung berufstätig geblieben, ja die eheliche Verbindung war nur durch Beibehaltung der Berufstätigkeit möglich.

Am stärksten ist das Eindringen der Frau in die Angestelltenberufe: Unter den kaufmännischen Angestellten ist der Anteil der weiblichen Bevölkerung auf nahezu 39 Prozent gestiegen, in gewissen Gewerbegruppen überwiegt die Frauenarbeit. Relativ am stärksten ist die weibliche Arbeit im Gast- und Schaufgewerbe: rund 61 Prozent aller Beschäftigten. In der Textilindustrie beträgt diese 57 Prozent und im Bekleidungs-gewerbe über 52 Prozent. Nüchterne, aber eindrucksvolle Ziffern, die den Hintergrund einer gewaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umschichtung bilden, die sich in Deutschland vollzieht.

Sie schrieb, wie sie sprach — die Todesanzeige

Im Jahrgang 1829 der „Spener Zeitung“ stand folgende Anzeige: „Mein theuerster Ehegatte, der Stadtkirchendiener Nikolaus Jeremias Went dahier, hatte das schmerzliche Unglück, bei seinen Lebzeiten gestern Mittag halb 12 Uhr, indem er durch allzugroße Verlängerung eines in seinem Beruf gebliebenen Trillers das Gleichgewicht verlor, vom hiesigen protestantischen Kirchturm herabzustürzen. Schon in der Mitte des Falles hatte er seinen Geist aufgegeben, setzte jedoch seinen Sturz bis auf Straßenpflaster fort, wo derselbe vollends verfiel. Wer die edle Seele meines Ehegatten kannte, wird die Größe meines Verlustes, und wer den hiesigen Kirchturm kennt, wird die Höhe dieses Unglücksfalles zu schätzen wissen. Für alle meinem seligen Gatten, insbesondere auch während seines Sturzes erwiesene Teilnahme, danke ich verbindlichst und verbitte mir alle Condolenz, da mich schon jetzt die Aussicht auf ein besseres Leben tröstet, welches wir beide, ich und er, beginnen, als die nach Wiedervereinigung schmachthende Stadtkirchendienerin“

Witwe Maria Urjula Went, geborene Hent, Wirtschaft zum grünen Bären und Schneiderherberge.“

neuen Wirtschaftspolitik mehr zu beschäftigen vermögen, wird das Heer der Schwarzarbeiter sich mindern."

Bei der Aufzählung der Ursachen der Schwarzarbeit wird von den Arbeitgebern ein wichtiger Punkt dauernd verschwiegen. Je mehr arbeitgeberseits an der Höhe der Löhne und der sonstigen tariflichen Bedingungen heruntergerissen wird, um so mehr wird natürlicherweise bei selbstbewußten Facharbeitern der Gedanke nahelegen, unter Umgehung des Unternehmers zu einem Lohn zu kommen, der den Wert der Arbeitsleistung und den sozialen Bedürfnissen entspricht.

gen, verlangten aber immerhin noch eine Senkung des Lohnes um 10 bis 15 Proz. Mit der Stimme des Schlichters ist ein Schiedspruch gefällt, der die Löhne in den Lohngruppen I bis V in seitheriger Höhe wieder in Kraft setzt.

Die Arbeitgeber im Tarifgebiet Minden-Lippe haben von der Möglichkeit der erstmaligen Kündigung zum 30. November Gebrauch gemacht. Die Ortsklasseneinteilung und die Lohnhöhe erscheinen ihnen unerträglich.

Im Freistaat Sachsen haben die Arbeitgeber das Lohnabkommen zum 31. Dezember d. J. gekündigt.

zum Schaden der breiten Volksschichten und zum Nutzen einer kleinen Oberschicht erlassen wurden, aufgehoben und durch gerechte, das ganze Volk belastende ersetzt werden. Sie ersuchen den Verbandsvorstand, weiter und noch mehr gegen die soziale und politische Reaktion zu kämpfen und verteidern ihrerseits, alles zur Rückenstärkung des zur Vertretung der Arbeiterinteressen berufenen Verbandsvorstandes zu tun und insbesondere und nun erst recht für eine Stärkung des Verbandes einzutreten."

Bad Homburg-Kirdorf. Am 30. Oktober fand eine Mitgliederversammlung unseres Verbandes statt. Zuerst widmete der Vorsitzende, Kollege Baumbach unserem verstorbenen Verbandsgründer, Kollegen Wiedeburg ein ehrendes Gedächtnis. Hierauf wurde dem Kollegen Valentin Baumbach für 25jährige treue Mitgliedschaft das Diplom und die Silbernadel überreicht.

Aus dem Verbandsleben

Berlin-Moabit. Unsere Jahrestellerversammlung, die jeden dritten Sonnabend im Monat stattfindet, hatte auch diesmal nicht nur einen guten Besuch aufzuweisen, sondern war auch unter der geschickten Leitung des jungen Kollegen Wichta von positiver Einstellung für unsere Gewerkschaftsidee befeuert.

St. Hubert-Häus. In einer äußerst gut besuchten Versammlung nahmen unsere Mitglieder Stellung zu den Vorgängen der letzten Monate, hervorgerufen durch die reaktionären Maßnahmen der Regierung Papen. In einem ausführlichen Referat beleuchtete der Kollege Terhorst, Krefeld, die Leistungen dieser Regierung, die ja nach ihren Taten beurteilt werden will.

Rundschau

Streit um Steuerheine und Einstellungsprämien

Die Steuergutscheine der Reichsregierung von Papen waren auf bestimmte Steuerarten und bestimmte Erwerbszweige begrenzt. Geld kann aber schließlich jeder brauchen, und so hat ein mehr als widerlicher Kampf verschiedener Wirtschaftsschichten eingeleitet, noch nachträglich Steuergutscheine zu erzielen.

Auch die Einstellungsprämien haben die Gefinnung mancher Leute offenbart. Im allgemeinen sollen staatliche Regiebetriebe keine Lohnprämien bekommen, weil ihr Aufgabengebiet begrenzt und nicht ausgesprochen unternehmerischer Natur ist.

Der Versuch bei Siedlungsbauten für die mitarbeitenden Siedler als neueingestellte Arbeitskräfte die Beschäftigungsprämie zu verlangen, ist abgelehnt. Auch können die mitarbeitenden Siedler bei Berechnung der Beschäftigungszahl zum Zwecke der Lohnföhrung für die 31 bis 40 Arbeitsstunde nicht herangezogen werden.

Wieviel Mietkasernen hat Berlin?

Als Mietkasernen bezeichnet man in der Regel Miethäuser mit mehr als 10 Wohnungen. Berlin zählt davon zur Zeit 4531, und zwar:

- 3968 mit 11 bis 20 Wohnungen,
- 526 mit 21 bis 30 Wohnungen,
- 141 mit 31 bis 50 Wohnungen,
- 90 mit 51 bis 100 Wohnungen,
- 6 mit über 100 Wohnungen!

Dazu kommen noch 3915 Häuser mit 6-10 Wohnungen. Nur 1-3 Räume hatten 540 270 Wohnungen. Dabei sind als Räume auch Küchen und unbeheizbare Kammern gezählt!

Tarifnachrichten

In Breslau hat der Schlichtungsausschuß die Parteien am 1. November zu Verhandlungen geladen. Diese sind ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber haben auf den Bandstellen Anträge gemacht, wonach der Facharbeiterlohn 82 Pf. und 1 Pf. Fortzugzuschlag, der Sachhilfsarbeiterlohn 68 Pf. und der Tischarbeiterlohn 58 Pf. betragen soll.

Geschenke billig



Weihnachts-Katalog gratis!

Sigurd-Gesellschaft



Kasse/51



Alles billiger!

Wichtigste gratis. Bestehe. Wichtigste. company. Sagen i. West. 134.

Sportschlitten kaufen!

Lebe, gebogen, prima Ware

180	125	140	160	200	cm Holzlänge
1,35	1,60	2,-	2,25	3,25	RM. per Paar

Ringelschlitten 145 cm Holzlänge 4,50 RM.
Hohlschlitten und Werkzeuge billigst.
FL. Walther, Dresden 23, Rehefelder Straße 53b

Möbel-Kamerling

N. Kantienallee 56, Ecke Fehrbellinerstr. Speise-, Schlaf-, Herd-, Küchens. Zwickelzimmer. Zim. u. Fr. Polster. Bett u. Folstermöbl. - Werkst. Kassa u. Tüllzahlung.

Bücherschau

„Der Bautischler.“ Bearbeitet von Direktor L. Reineking und Sohn; zu beziehen vom Verlag: Bernhard Fr. Voigt, Leipzig.

Die Broschüre ist zwar in erster Linie für Tischler gedacht, enthält aber auch sehr nennenswerte Hinweise für Zimmerer und andere holzverarbeitende Handwerker, die mit Treppenbau, Deckenverkleidung, Sprossenverbindungen, Fußböden, Holzhausbau usw. zu tun haben.

Bekanntmachung

Der Verbandskalender für das Jahr 1933 befindet sich im Druck und soll Anfang Dezember verhandfertig sein. Der Kalender ist ein guter Begleiter durch das Jahr. Neben den notwendigen Zeitangaben gibt er einen Überblick über die Tätigkeit und Lage unseres Verbandes, dazu eine Reihe von Aufsätzen zu aktuellen Fragen der Zeit.

Sterbefahel

Am 19. Oktober starb unser langjähriges Mitglied der Maurer Friedrich Baer aus Biersen. Seit den ersten Jahren unserer Bewegung stand er in unseren Reihen. Verwaltungsstelle Krefeld.

Am 24. Oktober 1932 starb unser lieber Kollege, der Dachdeckermeister Jakob Esser, Ortsgruppe M.-Glabbach.

Am 1. November starb unser treues Verbandsmitglied Georg Winkler im Alter von 25 Jahren. Ortsgruppe Augsburg.

Ehre ihrem Andenken!

Wir bitten unsere Leser, in erster Linie unsere Inferenten zu berüchtigen

Die deutsche Weltmarke **VAUEN**



Gesundheitspfeife Dr. Perl

Schonst Zunge, Harz und Lunge. Weisen Sie Nachnahmen zurück. Zeitgemäße Füllung von 1,50 RM. an. Gratis interessantes Buch für „Pfeifenraucher“ von VAUEN A.-G. Nürnberg - S 106

Über 100000 Familien

haben seit Jahren unsere billigen Cigarren

3.75

Zatzen C. Hoffmanns haben unsere ausgezeichnete Produktionen. Garant: Unschädlich über 600 Jahre.

Deutsch-Amerikanische Cigarren

Reinhold 12, Rehefelder Straße 11